Ausländer – ein Teil der deutschen Gesellschaft

Frank Swiaczny

Türkische Geschäfte in Mannheim

Die Zuwanderung ausländischer Bevölkerung hat in Deutschland eine weit über die Gründung der beiden deutschen Staaten zurückreichende Tradition. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung betrug 1871, bei Gründung des Deutschen Reiches, bereits ca. 0,5% (0,2 Mio.) (Anmerkung im Anhang) und stieg bis 1900 auf rund 1,4% (0,8 Mio.) an. Mit knapp 1 Mio. Ausländern und einem Bevölkerungsanteil von 1,5% wurde 1925 in der Zwischenkriegszeit noch einmal ein relatives Maximum erreicht, bevor die Weltwirtschaftskrise zu einem Rückgang der ausländischen Bevölkerung in Deutschland führte.

Charakteristisch für die Zusammensetzung der Nationalitäten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist der hohe Anteil der europäischen Nachbarländer des damaligen Deutschen Reiches. Staaten, die mit Deutschland eine gemeinsame Grenze hatten, stellten 1925 zusammen mehr als 75% aller Ausländer ❶. Im Zuge einer steigenden Arbeitslosigkeit führte vor allem die Zuwanderung von polnischen Bergleuten und Landarbeitern zu Konkurrenz- und Überfremdungsängsten, denen mit Restriktionen der Ausländerbeschäftigung begegnet wurde.

Durch den massiven Einsatz von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen stieg die Zahl ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkrieges auf ca. 8,3 Mio. Personen an und erreichte damit gegen Ende des Krieges etwa 30% der Beschäftigten in der deutschen Wirtschaft. Dieser nach Kriegsende als *Displaced Persons* bezeichnete Personenkreis hatte Deutschland bis zum Beginn der 50er Jahre weitgehend wieder verlassen.

❶ Ausländische Bevölkerung 1925 (Nationalitäten über 1% Bevölkerungsanteil)

	in 1000	in v.H.
Italien	24,2	2,5
Jugoslawien	14,1	1,5
Niederlande	82,3	8,6
Österreich	128,9	13,5
Polen	259,8	27,1
Schweiz	42,4	4,4
UdSSR	47,2	4,9
Tschechoslowakei	222,5	23,3
Summe	821,4	85,8
Sonstige	135,7	14,2
Gesamt	**957,1**	**100,0**

❷ Anwerbeverträge (Jahr des ersten Vertragsabschlusses)

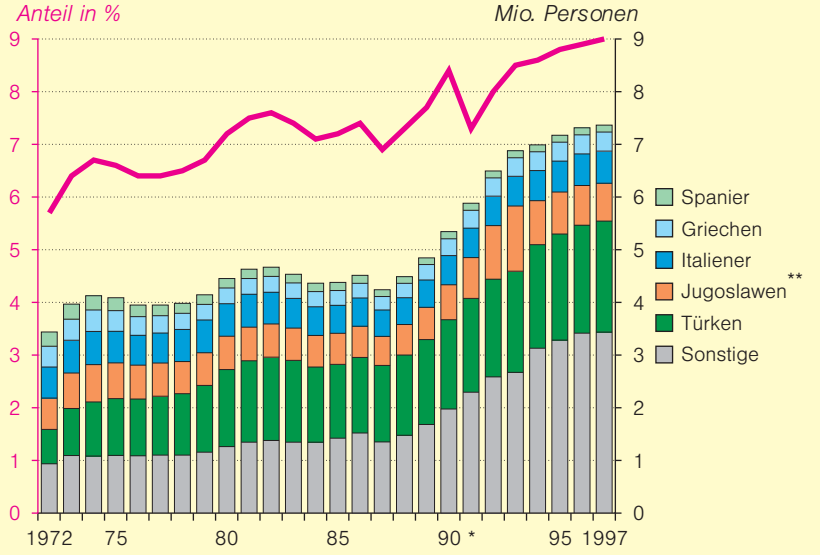
BRD	DDR
Italien 1955	Polen 1965
Griechenland 1960	Ungarn 1967
Spanien 1960	Vietnam 1973
Türkei 1961	Algerien 1974
Marokko 1963	Kuba 1975
Portugal 1964	Mosambik 1979
Tunesien 1965	Mongolei 1982
Jugoslawien 1968	Angola 1985
	China 1986

Ausländer – keine homogene Gruppe

Die Unterscheidung zwischen In- und Ausländern ist ein relativ junges Phänomen und steht im Zusammenhang mit der Entstehung der Nationalstaaten. Sie ist formell an den Besitz der Staatsbürgerschaft gebunden, die in Deutschland nach dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis)* erworben wird (Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz). Für die in Deutschland als Kinder von Ausländern Geborenen bedeutet dies, dass sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Zum 1.1.2000 wird eine Reform des Ausländergesetzes in Kraft treten, die die Einbürgerung für in Deutschland geborenen Ausländerkinder erleichtern wird.

Die Wohnbevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die unter dem Begriff „Ausländer" subsumiert wird, ist als Gruppe keineswegs so homogen, wie dies durch ihre Definition angedeutet wird. Nicht nur die Zuwanderungsmotive werden immer heterogener, auch die Rahmenbedingungen für den Aufenthalt von Ausländern in Deutschland und die Beziehungen zur deutschen Gesellschaft sind komplexer geworden und lassen sich nicht mehr auf das Muster des „Gastarbeiters" und der Familienzusammenführung reduzieren. Zur Gruppe der Ausländer zählen neben den Arbeitsmigranten der ersten Generation heute vor allem die zweite und dritte Generation der in Deutschland geborenen Ausländer, eine im Zuge der Internationalisierung und der EU-Integration steigende Zahl an statushohen Personen aus den westlichen Industrienationen, aber auch ein wachsender Anteil an Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie eine unbekannte Anzahl an Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Hinsichtlich ihres aufenthaltsrechtlichen Status sind die Bürger aus den EU-Staaten zudem gesondert zu betrachten, da sie heute über eine gewisse Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft verfügen.

❸ Ausländische Bevölkerung 1972-1997



Gastarbeiterwanderung und neue Wanderungsströme

Die erste große Zuwanderungswelle in die Bundesrepublik stellte eine klassische Arbeitswanderung dar. Zur Zeit des „Wirtschaftswunders" der fünfziger Jahre zeichnete sich die Vollbeschäftigung schon als künftige Wachstumsbremse ab. Um einem drohenden Arbeitskräftemangel zu begegnen, wurden in der Folge Anwerbeverträge geschlossen – in der Regel auf der Basis von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen und einer damit verbundenen Rotation ❷. Schon 1964 wurde der millionste Gastarbeiter publikumswirksam in der Bundesrepublik empfangen. Als Folge des Ölpreisschocks und der sich anschließenden Rezession wurden am 23. November 1973 ein Anwerbestopp verfügt und die Rotation aufgehoben. Nach einem Rückgang in der zweiten Hälfte der 70er Jahre stieg der Ausländeranteil zu Beginn der 80er Jahre wieder über den Wert von 1974 ❸.

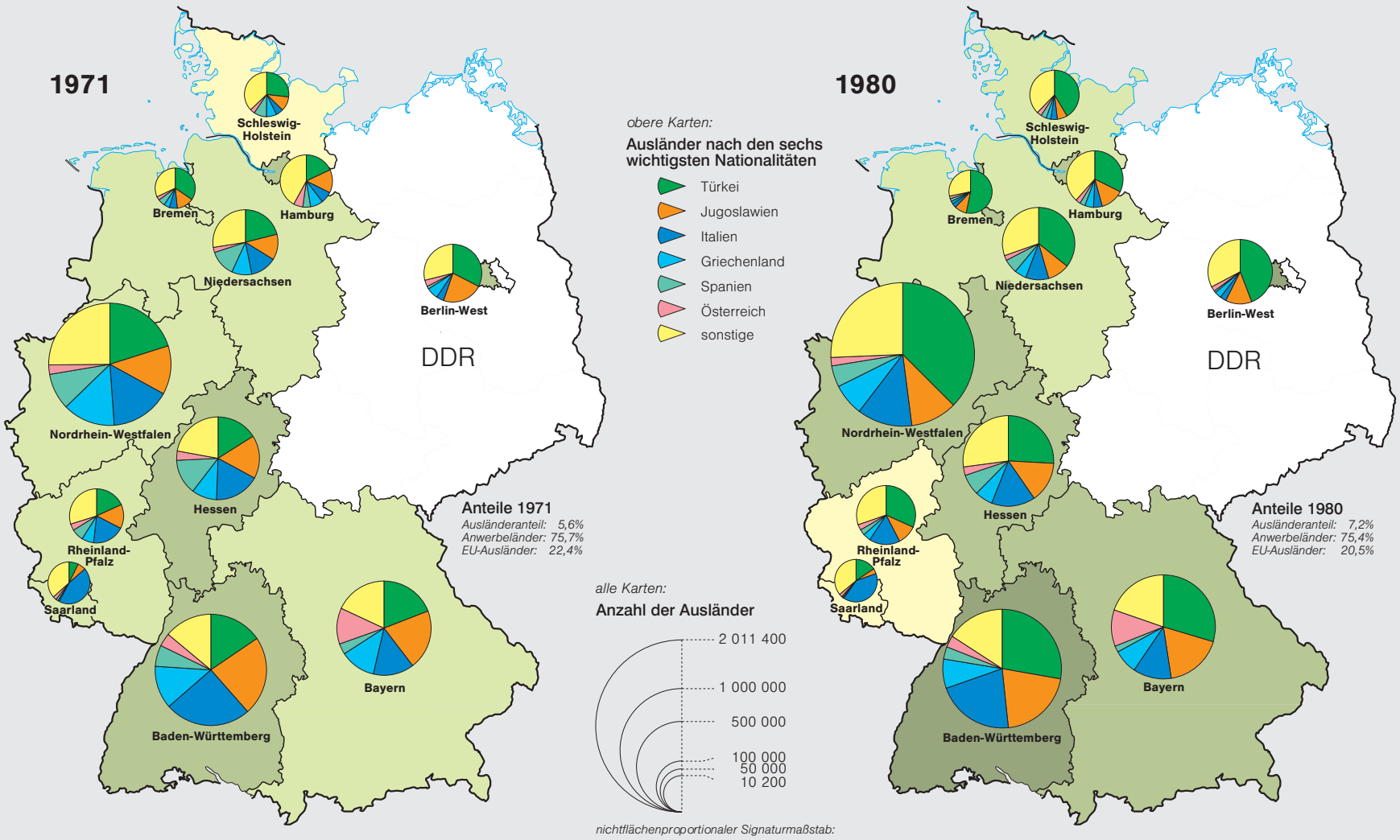
In der DDR wurden ebenfalls zwischenstaatliche Abkommen über Vertragsarbeiter geschlossen. Dort konnte der steigende Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft auch in den 80er Jahren nicht gedeckt werden. Um Produktionseinbußen zu vermeiden, arbeiteten 1989 rund 91.000 Vertragsarbeiter in der DDR. Über die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung liegen für das Gebiet der DDR keine Zahlen vor, die Zahl der Ausländer blieb jedoch vergleichsweise niedrig und erreichte 1989 mit 192.000 etwa einen Anteil von 1,2% der Bevölkerung (BBBA 1996).

In der Bundesrepublik nahm die Zahl der ausländischen Bevölkerung Ende der 80er Jahre erneut stark zu. Dabei sank der Anteil der früheren Anwerbestaaten kontinuierlich. Eine Ausnahme stellen nur die Bürger Jugoslawiens und seiner Nachfolgestaaten dar, deren Anteil sich in Folge der politischen Unruhen erhöht hat ❸. Diese Entwicklung ist überwiegend auf die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zurückzuführen. Seit dem Beginn des Transformationsprozesses in Osteuropa ist der Anteil dieser Länder gestiegen. In der politischen Diskussion wurde die „Gastarbeiterfrage" nun durch die „Asyl- ➡

4

Ausländische Bevölkerung 1971-1997

nach Ländern

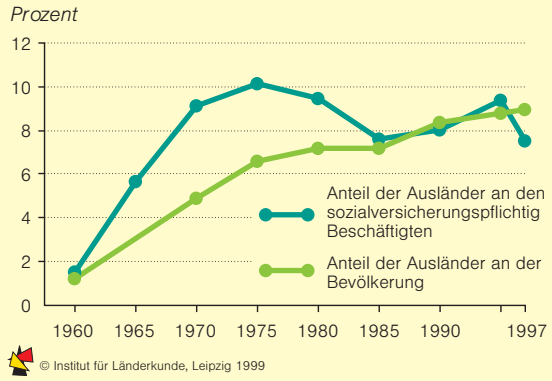


Autor: F. Swiaczny

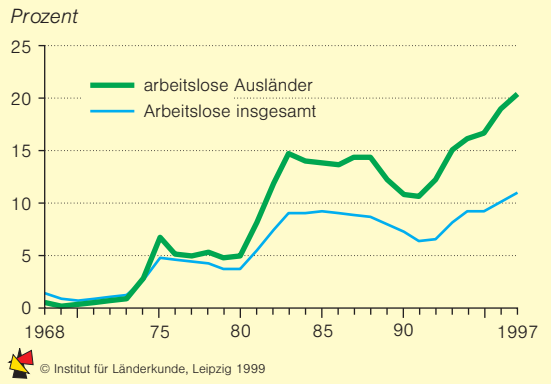
© Institut für Länderkunde, Leipzig 1999

0 25 50 75 100 km
Maßstab 1: 6 500 000

5 Anteil der Ausländer an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1960-1997



6 Alte Länder
Arbeitslose Ausländer 1968-1997
Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenquote

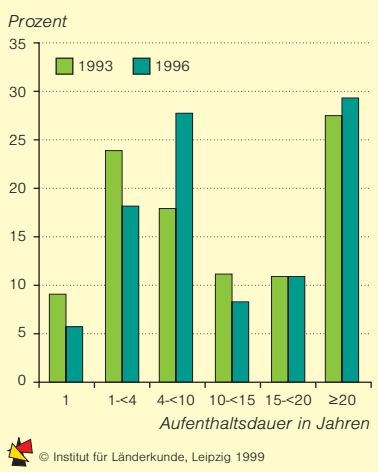


bewerberfrage" abgelöst, die erst durch eine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl (1993) entschärft werden konnte.

Entwicklung der Ausländerzahlen in den Bundesländern

Die Entwicklung der räumlichen Verteilung der Ausländer in den alten Ländern spiegelt deutlich die raum-zeitliche Diffusion, wie sie von GIESE (1992, S. 663) beschrieben wurde ❹. Ausgehend von Baden-Württemberg stieg der Ausländeranteil entlang der Rheinachse in mehreren Etappen an. Auch 1997 finden sich die höchsten Ausländeranteile noch in den Stadtstaaten und in Baden-Württemberg (12,3%) sowie Hessen (13,9%), die höchste Ausländerzahl in Nordrhein-Westfalen (2 Mio.). In den neuen Ländern liegen die Zahlen nach wie vor weit unter denen der alten. Mehr als zwei Drittel der Ausländer fallen hier unter die Kategorie „Sonstige", v.a. hohe polnische Bevölkerungsanteile sowie Asylbewerber und Flüchtlinge.

8 Aufenthaltsdauer von Ausländern 1993 und 1996



Von der Gastarbeiterbevölkerung zur Wohnbevölkerung

Während der Anteil der neuen Migrantengruppen gegenwärtig weiter wächst, setzt sich bei den Personen aus den Anwerbeländern der Wandel von einer Gastarbeiter- zu einer ausländischen Wohnbevölkerung fort. Die überwiegend auf Erwerbsarbeit ausgerichtete Migration der Anwerbephase führte zu einem hohen Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ❺. Da mit der Zuwanderung in der Regel entsprechende Arbeitsverträge verbunden waren, lag auch die Arbeitslosenquote während der Anwerbephase immer unter 1% ❻. Beide Indikatoren zeigen nach 1973 ein grundlegend verändertes Bild. Der Aufenthalt von Ausländern hat sich seither weitgehend unabhängig von der Erwerbsarbeit entwickelt. Vor allem die sehr hohen Arbeitslosenquoten weisen auf eine unzureichende ökonomische Integration und damit verbundene Konfliktpotenziale hin.

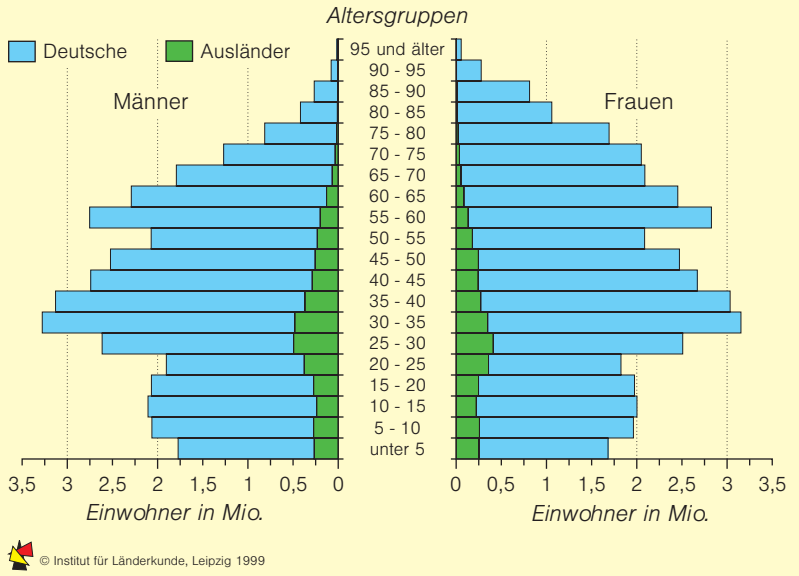
Ein Blick auf die Bevölkerungspyramide ❼ zeigt, dass die Dominanz der Männer bei den älteren Jahrgängen bis heute durch Familienzusammenführungen verringert wurde. Bei den jüngeren, meist in Deutschland geborenen Altersgruppen herrscht ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Auffallend sind die wachsenden Jahrgangsstärken im Ruhestandsalter, die darauf hindeuten, dass viele Ausländer auch nach dem Ende ihrer Berufstätigkeit nicht in ihr Heimatland zurückkehren. In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil an Personen, die schon länger als 20 Jahre in Deutschland leben, weiter erhöht ❽.

Die seit 1991 kontinuierlich steigenden Zahlen an Einbürgerungen belegen, dass künftig nicht nur eine bedeutende Zahl ausländischer Einwohner in Deutschland leben wird, sondern dass auch zunehmend eingebürgerte Deutsche ausländischer Herkunft integriert werden müssen ❾. Hier sind vor allem die Türken zu nennen, deren Einbürgerungen sich seit 1991 (3500) bis 1996 (46.200) vervielfacht haben.

Räumliche Verteilung der Ausländer 1996

Gegenüber 1993 haben sich die Bevölkerungsanteile der Ausländer in den Kreisen kaum verändert (vgl. SWIACZNY 1997). Der in der Karte ⓫ dargestellte Zuwanderungsverlauf hat in den großen Verdichtungsräumen zu den höchsten Bevölkerungsanteilen geführt, wobei die Rheinachse deutlich betont ist. Die ausländische Bevölkerung nimmt dabei von Süd nach Nord nicht nur absolut, sondern auch nach dem Bevölkerungsanteil in den Großstädten ab. Bei den Großstädten in den neuen Ländern fällt auch 1996 noch die geringe absolute Zahl an Ausländern auf.

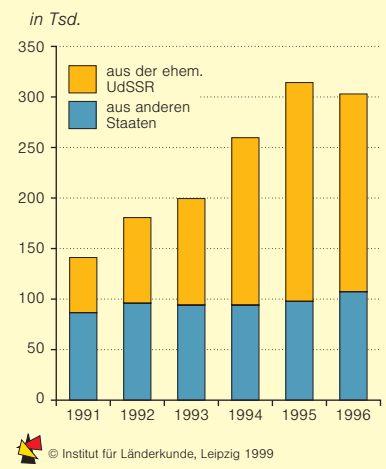
7 Deutsche und Ausländer nach Altersgruppen 1997



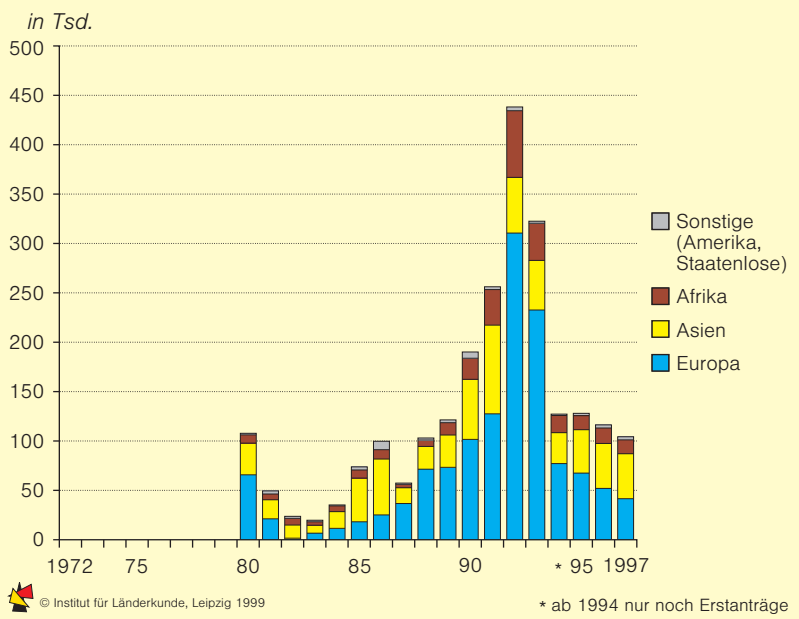
Größere Zuwachsraten (über 25%) finden sich, bei geringen absoluten Zahlen, überwiegend am Rande der Verdichtungsräume und im ländlichen Raum, was als Anzeichen für Suburbanisierung und damit eine Angleichung an die Lebensformen der deutschen Bevölkerung gewertet werden kann. Der Bevölkerungsgewinn beruht allerdings nicht ausschließlich auf der Migration aus den Städten, sondern ist teilweise auch auf die Verteilung der Asylbewerber zurückzuführen ❿.

Da anzunehmen ist, dass sich die Zahl der Ausländer in Deutschland in Zukunft weiterhin erhöhen wird, ist es von besonderer Bedeutung, dass sich entstehende Problemlagen nicht dauerhaft verfestigen und räumlich innerhalb bestimmter Gebiete konzentrieren. Vor allem innerhalb der großen Städte stellen die Ausländer schon heute in einzelnen Quartieren extrem hohe Bevölkerungsanteile. Ohne ausreichende Integrationsangebote droht dort die Kohäsion verloren zu gehen. Dies gilt insbesondere für die heterogene Zuwanderung durch Asylbewerber und Flüchtlinge, für deren Integration die Praxis aus der "Gastarbeiterarbeit" nur begrenzt Vorbild sein kann.◆

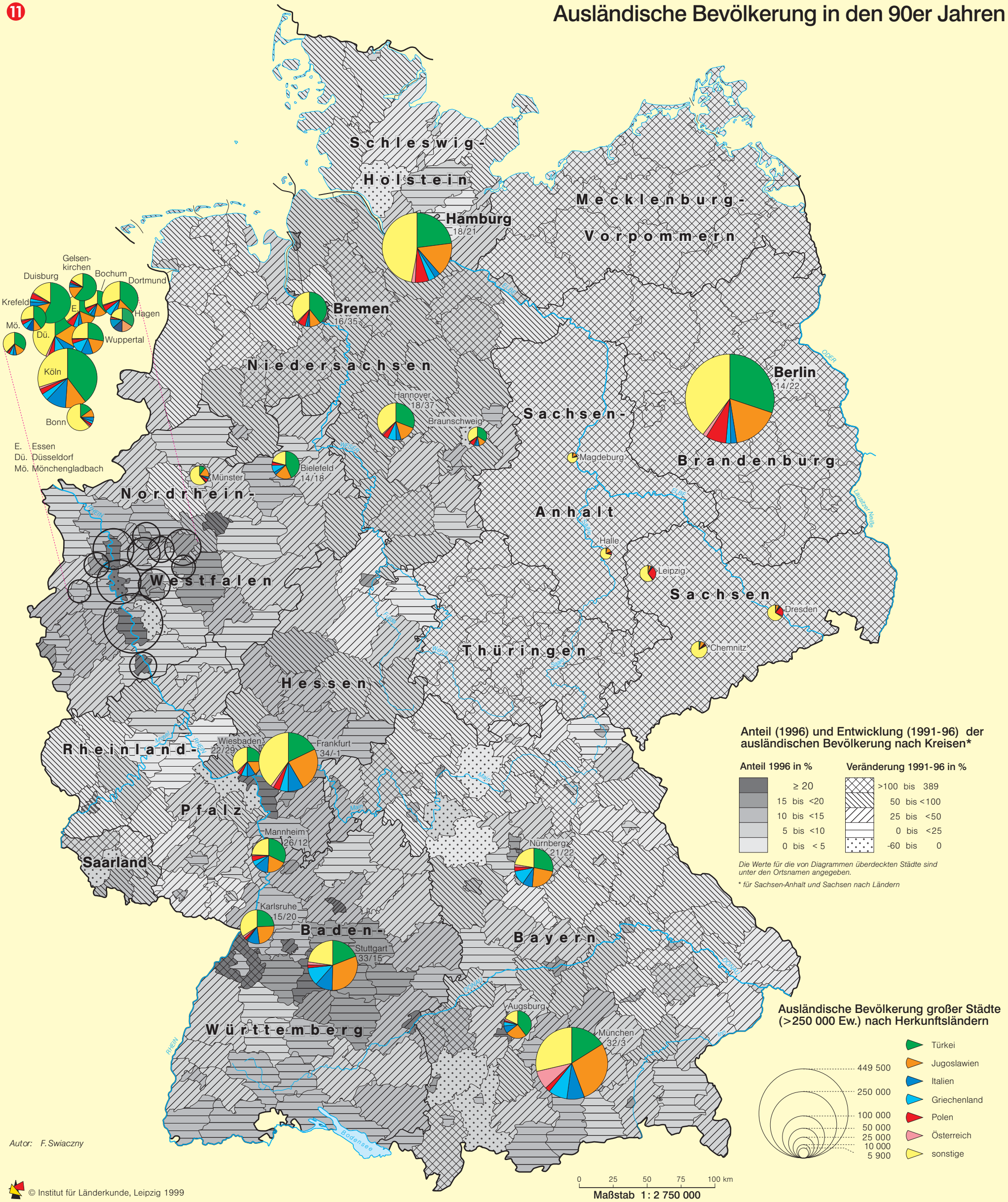
9 Einbürgerungen 1991-1996



10 Zuwanderung von Asylbewerbern 1980-1997



Ausländische Bevölkerung in den 90er Jahren



Anteil (1996) und Entwicklung (1991-96) der ausländischen Bevölkerung nach Kreisen*

Anteil 1996 in %	Veränderung 1991-96 in %
≥ 20	>100 bis 389
15 bis <20	50 bis <100
10 bis <15	25 bis <50
5 bis <10	0 bis <25
0 bis < 5	-60 bis 0

Die Werte für die von Diagrammen überdeckten Städte sind unter den Ortsnamen angegeben.

** für Sachsen-Anhalt und Sachsen nach Ländern*

Ausländische Bevölkerung großer Städte (>250 000 Ew.) nach Herkunftsländern

0 25 50 75 100 km

Maßstab 1 : 2 750 000

Autor: F. Swiaczny

© Institut für Länderkunde, Leipzig 1999